

JA zum Ausstieg!
 Hier können Sie die
 landesweite Kampagne
 zur Volksabstimmung
 unterstützen.
www.ja-zum-ausstieg.de

Ein Jahr danach

– was ist geblieben vom Schwarzen
 Donnerstag? ▶▶▶ Seite 04

Der Abriss wurde verhindert

Was entsteht jetzt im Hotel Silber in
 der Dorotheenstraße? ▶▶▶ Seite 06



© Manfred Grohe

Volksabstimmung zu S21 – es geht um mehr als einen Bahnhof!



Hannes Rockenbauch und Gangolf Stocker

Interview mit Gangolf Stocker (SÖS, Gemeinderat) und Hannes Rockenbauch (SÖS, Gemeinderat, Sprecher des Aktionsbündnisses gegen Stuttgart 21)

>> Es herrscht große Verunsicherung. Nils Schmidts Ansage: „Wenn das Volk gesprochen hat, dann herrscht Schweigen.“ (StZ, 17.09.2011) heißt doch: Mit der Volksabstimmung bekommen wir die Gegner von S21 endgültig in den Griff.

Hannes Rockenbauch: Nils Schmidts Aussage ist verräterisch. Er hofft, uns mit Hilfe des undemokratischen Quorums zum Schweigen zu bringen! Wenn er jetzt einen Teil des Volkes dafür instrumentalisiert, den anderen Teil zum

Schweigen zu bringen, dann lässt dies tief blicken. Schmid verrät unfreiwillig, wie sich die Herrschenden Abstimmungen vorstellen: Das Volk gibt seine Stimme ab, und nachher hat es zu schweigen. In der SPD scheint das Trio Schmid-Schmiedel-Drexler eine Diktatur auszuüben. Eine innerparteiliche Abstimmung über S21 wird schon gar nicht zugelassen. Hallo Herr Schmid: Das Volk sind wir, wir wollen Andersdenkende nicht zum Schweigen bringen, weil wir Demokraten und keine Machtmenschen sind. Bisher dachte ich, Demokratie besteht gerade darin, dass offen diskutiert wird, dass eine demokratische Streitkultur gerade im Nicht-Schweigen besteht. Schmid hat seine Position definiert. Aber wird das von der SPD-Basis akzeptiert?

Gangolf Stocker: Nils Schmid präsentiert uns eine sozialdemokratische Variante des 30. September. Mappus hat es mit Wasserwerfern nicht geschafft, uns zum Schweigen zu bringen, 100 000 Demonstranten waren die Antwort. Nils Schmid will uns mit der Volksabstimmung zum Schweigen bringen, zwei Wege mit dem gleichen Ziel. Es ist die Schmiedel/Schmid-Variante der Basta-Politik. Nils Schmid hat aber damit auch die Dimensi-

on klargemacht: Die Volksabstimmung ist auch eine Abstimmung über die Demokratie.

>> Aber das undemokratische Quorum ist nun einmal Fakt. Wie kann eine undemokratisch strukturierte Abstimmung zu einem demokratisch legitimierten Ergebnis führen. Ist das nicht eine Falle?

Gangolf Stocker: Für uns nicht. Undemokratische staatliche Spielregeln haben wir noch nie anerkannt. Wir müssen zunächst einmal feststellen: Wir wollten eine Abstimmung über den Bahnhof in Stuttgart von den Stuttgartern. Jetzt wird über den Bahnhof – nicht über die Neubaubstrecke – vom ganzen Land abgestimmt. Eigentlich schon ein Unding. Umso mehr gelten für uns demokratische Spielregeln: Die Mehrheit entscheidet. Das Quorum gilt für uns nicht. Wir rufen auf, dem Ausstiegsgesetz zuzustimmen. Wer sich darüber beschwert, dass die Nichtteilnahme an der Abstimmung wegen des Quorums wie eine „Nein-Stimme“ zum Ausstiegsgesetz gewertet wird und u.a. deshalb zum Boykott der Volksabstimmung auffordert, der hat Probleme mit der Logik. Wer zum Boykott | Seite 21



! von Seite 11 aufruft, fordert in der Konsequenz die Leute zu einem „Nein“ zum Ausstiegsgesetz auf.

>> Worüber wird eigentlich abgestimmt?

Hannes Rockenbauch: Wir stimmen über das sogenannte Ausstiegsgesetz ab. Es besteht eigentlich nur aus einem Paragraphen. Dieser verpflichtet die Landesregierung, Kündigungsrechte bei den finanziellen Verpflichtungen des Landes bei Stuttgart 21 auszuüben. Es ist also keine Abstimmung über S21 oder K21, würde aber, sofern das Quorum erreicht würde, zur Kündigung der finanziellen Beteiligung des Landes führen.

>> Gut, selbst wenn die Abstimmung gewonnen würde, dann baut die Bahn eben doch weiter, sie ist Bauherr, die Landesregierung eiert weiter herum oder die Koalition zerbricht und eine CDU/SPD-Koalition ermöglicht den Weiterbau!

Hannes Rockenbauch: Ich bin dagegen, jetzt auf die Landesregierung oder Verträge zu starren. Da würden wir uns selber fesseln. Ich verstehe nicht die Angst vor der Abstimmung. Hätten wir die Landtagswahlen verloren – das war ja knapp – und jetzt eine große schwarz-rote

Koalition – hätten wir dann aufgegeben? Wir haben uns trotz dieser Risiken an den Wahlen beteiligt. Die Menschen haben uns nicht enttäuscht. Unser Protest war dadurch stark, dass wir unabhängig und mit Selbstbewusstsein unsere Ziele verfolgt haben. Die Hoffnung, dass die Bewegung zusammenbricht, hatten sie doch schon nach der Prellbockanhebung, nach dem provokanten Abriss des Nordflügels oder den Baumfällungen am 30.09.2010. Der Bau von S21 wurde schon immer mit scheinbar unumkehrbaren Fakten und Verträgen legitimiert: rechtsgültige Verträge, Baurecht, Parlamentsbeschlüsse. Davon haben wir uns nicht beeindruckt lassen. Auch das Quorum ist formal „rechters“ – aber für uns ist es Unrecht. Nicht einmal die jetzige Landesregierung hat bei der Wahl dieses Quorum erreicht, und auch die vorherigen Regierungen nicht. Wäre das Quorum ein Demokratie-kriterium, wären sie selbst nach der CDU/SPD/FDP-Logik nicht legitimiert. Für uns gilt die Mehrheit.

Gangolf Stocker: Natürlich müssen wir auf uns selbst setzen. Aber viele hoffen, dass unsere Leute in der Regierung Flagge zeigen. Man fragt sich schon: Wie kommt es, dass die SPD den Takt angibt, dass jetzt das Ministerium von Nils Schmid der Bahn ohne Absprache mit den GRÜNEN den Schlossgarten

zur Zerstörung überlässt und Kretschmann offensichtlich den Kopf einzieht. Hat er keine Richtlinienkompetenz? Was nützt uns das formale Weiterbestehen der Koalition, wenn Positionen geräumt werden? Dafür wurden die GRÜNEN nicht gewählt. Wir haben Forderungen an Ministerpräsident Kretschmann, und wenn er sie nicht erfüllt, ist er nicht mehr unser Ministerpräsident. Will er es so weit kommen lassen? Welchen Grund hat er, den Kopf einzuziehen? Er hat große Sympathiewerte, er gilt als glaubwürdig, identisch, unbestechlich. Die Sympathiewerte von Schmid, Schmiedel und Drexler sind im Keller, sogar in der eigenen Partei. Wovor fürchtet sich Kretschmann? Warum lässt er sich zum Kellner degradieren?

>> Was fordert ihr von Winfried Kretschmann?

Hannes Rockenbauch: Ich frage ihn: Warum lässt die Landesregierung die verfassungswidrige Mischfinanzierung nicht gerichtlich über eine Feststellungsklage klären? Warum legt die Landesregierung dem Bahnchef Grube keinen Vertrag vor, in dem sich die Bahn verpflichtet, alle Kosten über 4,5 Milliarden Euro zu übernehmen? Warum fordert er nicht offiziell Hani Azers Liste der 121 Risiken an? Warum verlangt er nicht als Verantwortlicher für die Sicherheit | Seite 31

von Seite 21 im Land eine Klärung jedes einzelnen Risikos und macht davon einen Ausstieg abhängig? Warum lässt er die Bahnchefs nicht antanzen und zu der Liste Stellung beziehen? Warum klagt kein grüner Parlamentarier auf Betrug und die Ungültigkeit von Parlamentsbeschlüssen, weil ihm die Fakten vorenthalten wurden? Ich frage mich aber auch, warum die Landesregierung die Genehmigung erteilt hat, beim Grundwassermanagement rostige Rohre zu verwenden und auch das Pro21 Infomobil immer noch finanziert wird? Warum lässt die Landesregierung die Leistungsfähigkeit des heutigen und des modernisierten Kopfbahnhofes nicht endlich untersuchen?!

Gangolf Stocker: Ich gehe noch weiter: Warum legt Winnie Hermann kein alternatives Bahnkonzept für Baden-Württemberg vor? Der Güterverkehr muss auf die Schiene, die Eisenbahn- und Bus-Nahverkehre müssen ausgebaut werden. Das wird durch S21 verhindert. Mit solch einer Konzeption könnten die Menschen im ganzen Land überzeugt werden. Es geht eben nicht „nur“ um einen Bahnhof, sondern um den Klima- und Umweltschutz. Die Stuttgarter kämpfen für den Fortschritt im Verkehr und Umweltschutz für ganz Baden-Württemberg, die Stuttgarter kämpfen für eine andere Politik, diese Botschaft muss ins Land: Mit dem Stuttgarter Widerstand für ein besseres Baden-Württemberg!

>> Wie beurteilt ihr die Kombilösung?

Hannes Rockenbauch: Wir bleiben dabei: Die Alternative ist K21. Aber die Reaktionen auf die Kombilösung zeigten schlagartig: Stuttgart 21 ist kein Projekt für einen besseren Bahnverkehr, sondern ein Immobilienprojekt. SMA-Chef Stohler wurde beim Stresstest von den Befürwortern zur neutralen, alles entscheidenden Instanz hochgejubelt, der sich jeder unterzuordnen habe. Das ging schief. Boris Palmer wies das Scheitern des Stresstestes nach. Nun erklären Stohler und Geißler zu recht, dass S21 ein Murks ist, der mit S21 Plus notdürftig kaschiert wurde. Aus S21Plus wurde nun ihre Kombilösung. Sie sei eisenbahntechnisch dreimal besser als S21. Dafür wurden sie zu unerwünschten Personen erklärt. Allein daran, wie OB Schuster jetzt den SMA-Chef Stohler abfertigt, zeigt, dass er nicht an einer besseren Alternative interessiert ist, sondern Milliarden-Aufträge für die Immobilienhaie retten will.

>> Viele haben Angst vor der Volksabstimmung, nicht nur wegen des Quorums. Sie sagen, wenn wir uns an der Volksabstimmung beteiligen, akzeptieren wir die Falle.

Hannes Rockenbauch: Die Volksabstimmung ist eine Chance. Sie wird zu einer

Politisierung und Aufklärung im ganzen Land führen. Noch einmal werden sich Millionen mit unseren Themen befassen, auch bundesweit. Wie sie das tun, kommt auch auf uns an. Können wir das nutzen? Den Menschen auf dem Land müssen wir klar machen: Es geht um mehr als einen Bahnhof. Es wird über die Frage entschieden, ob der Umweltschutz und der Kampf gegen die Klimakatastrophe oberste Priorität haben, oder ob die skrupellosen Profit- und Immobilienhaie sich durchsetzen. Es geht darum, ob die Mappus-Politik durch die Schmiedels, Hauks und Rühles durch die Hintertüre weitergeführt wird. Diese Politik haben wir abgewählt, sie darf jetzt nicht legitimiert werden. Die Menschen werden begreifen: Es geht darum, mit scheidemokratischen Mitteln eine Bürgerbewegung exemplarisch zum Schweigen zu bringen, um eine reine Machtdemonstration. Wollt ihr die Mappus-Basta-Politik zurückhaben? Das müssen wir die Menschen fragen!

Gangolf Stocker: Und ich bin zuversichtlich, dass wir eine Mehrheit gewinnen werden. Die kritischen und aktiven Menschen im Land werden für den Umweltschutz, eine bessere Verkehrspolitik und gegen die Politik des Profits stimmen. Das haben sie bei den Landtagswahlen schon getan. Die unentschlossenen und unkritischen werden eher nicht zur Abstimmung gehen. Wo haben denn Schmid und Schmiedel wirkliche Unterstützer?

Selbst in der SPD sind die beiden inzwischen verhasst. Dass wir das Wunder schaffen können, liegt an den Menschen: Sie wollen nicht, dass überall im Land die Umwelt und die Zukunft kaputt gemacht werden, und mit dieser Abstimmung können sie das zum Ausdruck bringen.

>> Ministerpräsident Kretschmann hofft ja auch auf ein Wunder, aber dafür muss er etwas tun ...

Gangolf Stocker: Ja, natürlich fordern wir von Winfried Kretschmann, dass der ganze mediale Einfluss, den er hat, gegen S21 eingesetzt wird. Wir fordern die GRÜNE-Partei, den BUND und alle anderen Umweltverbände auf, voll in diese Kampagne einzusteigen. Die GRÜNEN müssen sich im Klaren sein: Wenn diese Abstimmung negativ ausfällt, sind sie angeschlagen, bundesweit. Wir fordern von ihnen: Schluss mit den Halbherzigkeiten und dem Eiertanz. Aber darauf verlassen wir uns nicht. Wir brauchen eine Kampagne, wie sie das Land noch nicht gekannt hat. Jeder von uns ist ein Multiplikator, jeder von uns hat persönliche Netzwerke ins Land hinein, die er nutzen kann. Es kommt also auf jeden einzelnen an. Unser Protest hat immer noch eine große Sympathie bei den Menschen. Statt Angst vor der Volksabstimmung: Freuen wir uns darauf, mit Power unsere Argumente im ganzen Land verbreiten zu können. ■

Gesetz über die Ausübung von Kündigungsrechten bei den vertraglichen Vereinbarungen für das Bahnprojekt Stuttgart 21 (Stuttgart 21 Kündigungsgesetz)

Vorblatt

A. Zielsetzung

Die Mitfinanzierung des Bahnprojekts Stuttgart 21 durch das Land Baden-Württemberg soll beendet werden.

B. Wesentlicher Inhalt

Die Landesregierung soll durch den Gesetzgeber verpflichtet werden, Kündigungsrechte bei den vertraglichen Vereinbarungen mit finanziellen Verpflichtungen des Landes Baden-Württemberg für das Bahnprojekt Stuttgart 21 auszuüben.

C. Alternativen

Beibehaltung der vertraglich vereinbarten Mitfinanzierung.

D. Wesentliche Ergebnisse der Regelungsfolgenabschätzung und Nachhaltigkeitsprüfung

Eine wirksame Kündigung hat zur Folge, dass das Land von seinen primären Zahlungspflichten aus den vertraglichen Vereinbarungen frei kommt. Ob bzw. in welcher Höhe sekundäre Ersatzansprüche gegen das Land entstehen, steht derzeit nicht fest bzw. lässt sich nicht beziffern. Bei einer Beendigung des Bahnprojekts Stuttgart 21 müsste der bestehende Kopfbahnhof modernisiert und zukunftsfähig an die Neubaustrecke nach Ulm angeschlossen werden.

Gesetz

§ 1 Kündigung der Vereinbarungen

Die Landesregierung ist verpflichtet, Kündigungsrechte bei den vertraglichen Vereinbarungen mit finanziellen Verpflichtungen des Landes Baden-Württemberg für das Bahnprojekt Stuttgart 21 auszuüben.

§ 2 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.



Ein Jahr danach – was ist geblieben vom Schwarzen Donnerstag?

Der Widerstand der Stuttgarter Bürger bestimmte die politische Diskussion im deutschen Sommer 2010. Am 30.09.2010 versuchte die CDU-Landesregierung, den Protest gegen Stuttgart 21 mit Gewalt zu beenden. Ministerpräsident Mappus wollte Stärke zeigen. Bilder einer gewalttätigen Demonstration sollten eine neue Richtung der Berichterstattung und den CDU-Wahlkampf einläuten. Mutig stellten sich die Stuttgarter der Zerstörung ihres Parks entgegen. Die Gewaltexzesse mit Wasserwerfern, Pfefferspray und prügelnden Polizisten und danach lügenden CDU und FDP Politikern empörten ganz Deutschland. Nach dem 30.09.

wurde Stuttgart 21 zum bundesweiten Thema. Aus dem ganzen Land kam Unterstützung zu den wöchentlichen Massendemonstrationen mit mehreren 10 000 Teilnehmern. Stadt und Land waren im Aufruhr, die Regierung schien gelähmt. „Mit Gewalt ist kein Staat mehr zu machen“, die CDU bekam die Quittung für ihre Gewaltpolitik. Mappus wurde abgewählt.

Faktencheck und Stresstest sollten den Protest dämpfen und integrieren. Auch diese Rechnung ging nicht auf. Das Planungschaos und die Kostenlügen wurden vor einem Millionenpublikum aufgedeckt. Der Kopfbahnhof 21 als die

bessere Alternative brachte die Bahn in die Defensive. Geißler versuchte mit S21 PLUS die Widersprüche zu dämpfen. Beim Stresstest setzte er sich mit der Kombilösung selbst davon ab und dokumentierte: Stuttgart 21 ist gescheitert. In Stuttgart ist eine neue politische Kultur entstanden. Der 30.09. hat gezeigt, dass keine Gewalt stärker ist als der massenhafte Protest. Kein Schlichter und kein grüner Ministerpräsident können unseren Protest auf der Straße, im Park oder am Bauzaun ersetzen. Auch die Volksabstimmung wird unseren Protest nicht beenden, sondern stärken, wenn wir sie zur massenhaften Aufklärung nutzen. ■ |hp|



Oberstaatsanwalt Häussler

Mit dem Namen Häussler verbindet man in Stuttgart gemeinhin einen Pleite gegangenen Investor und seine Bauruinen. Aber das Wirken eines anderen Häusslers ist zweifellos ärgerlicher als Bauruinen.

Am 27. März 2011 haben die Baden-Württemberger eine neue Regierung gewählt und die alte, 58 Jahre andauernde schwarzgelbe Herrschaft gekündigt. Manche fragen sich heute, ob sich dadurch ernsthaft etwas geändert hat: Der Verkehrsminister bekommt einen Maulkorb, dafür reißt der Claus Schmiedel das seine besonders weit auf. Der Ministerpräsident geht auf Tauchstation, und die alten Seilschaften werkeln lustig weiter. Ein gewisser Landtagsabgeordneter Rivoir aus Ulm macht eine Landtagsanfrage nach der Gemeinnützigkeit des BUND, und schon haben der BUND, der VCD und Leben in Stuttgart e.V. das Finanzamt an der Backe. Geht doch! Und ein gewisser Oberstaatsanwalt Häussler beschäftigt fortwährend die Polizei mit Ermittlungen gegen Blockierer, Besetzer und – da wird es hochgefährlich – gegen Versammlungsleiter. Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Der Angriff auf einen Polizisten muss verfolgt werden. Eine Blockade hingegen ist nach höchstrichterlicher Rechtsprechung keine Nötigung, wird aber in Stuttgart weiterhin als Nötigung geahndet. In die Verhandlungen, die mehr als seltsam verlaufen, schickt Häussler seine Untergebenen. Da urteilen Richterinnen, die ihr Urteil längst gefällt haben, deren Urteil niemals von Häusslers Vorgaben abweicht und deren Weltbild nichts mit der realen Welt zu tun hat.

Einen ganz anderen Stellenwert nehmen aber die Angriffe bzw. die Strafbefehle gegen Versammlungsleiter ein. Wer die angeblich straßenverkehrliche Nichtzulassung eines Fahrzeugs, den Verkauf von Waren, das „nicht ans Handy Gehen“, das Nichteinhalten der Ordner(innen)-Anzahl etc. etc. mit Strafbefehlen ahndet, der greift de facto das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit an. Bei Kundgebungen der Größenordnung wie in Stuttgart steht jeder Versammlungsleiter mit einem Bein im Knast, zumal er mit der ordnungsamtlichen Regel, wonach pro 50 Demonstranten 1 Ordner zu stellen ist, stets zu wenig Ordner(innen) haben wird. Eigentlich egal, möchte man meinen, läuft doch alles immer friedlich (von Seiten der Demonstranten). Nicht aber für die alten Seilschaften, an deren Fadenende unser Oberstaatsanwalt zieht. Versammlungsrecht und Ordnungsamt, das sind in Stuttgart zwei paar Stiefel und am Ende bastelt unser Oberstaatsanwalt Strafbefehle.

Es reicht: Die Liste seiner amtlichen Untaten ist lang. Nachdem Häussler vor Jahren monatelang ein Winnender Versandunternehmen verfolgte wegen Verbreitung von Nazisymbolen (dieses Unternehmen vertrieb Anti-Nazi-Buttons, -Aufkleber und T-Shirts mit z.B. durchgestrichenen Hakenkreuzen), nachdem er zum 30. September ermittelte, natürlich ohne Ergebnisse, nachdem er Strafanzeigen gegen Verantwortliche des Landes Baden-Württemberg und der Deutschen Bahn AG wegen Betrugs und arglistiger Täuschung nicht weiter verfolgt, weiterhin aber Blockierern, Demonstranten und vor allem Versammlungsleitern Strafbefehle ins Haus



schickt, als hätte sich nichts verändert, als gäbe es noch immer den Ferrari-Justizminister, nach alledem sollte ihm das Handwerk gelegt werden. Schickt ihn in den Ruhestand. Solange ein solch furchtbarer Beamter weitermacht, kann sich keine politische Kultur des Dialogs entfalten.

Ein Wort noch zur Polizei. Auch hier sind keine Veränderungen festzustellen. Die Zahl der bewaffneten, verdeckten Ermittler nimmt zu. Willkürliche Einkesselungen von Menschen nehmen zu. Zwar hat man den Einsatzleiter vom 30.09.2010 in den Innendienst versetzt, aber die alten Seilschaften gibt es auch bei der Polizei noch, und der neue Polizeipräsident hat viel zu tun, wenn er das etwas ändern will. Nur – will er? ■ |gs|



Der Abriss wurde verhindert Was entsteht jetzt im Hotel Silber in der Dorotheenstraße?

Die Initiative stellt ihre Eckpunkte für den zukünftigen Lern- und Gedenkort vor.

Jahrelang hat sich die Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber, ein Bündnis aus 23 lokalen und überregionalen Organisationen, dafür eingesetzt, dass der für das kollektive Gedächtnis bedeutsame historische Ort Dorotheenstraße 10 erhalten bleibt. Die Forderungen der Initiative wurden von immer mehr Bürgerinnen und Bürgern weit über Stuttgart hinaus unterstützt. Vor der Landtagswahl wurde vor dem Gebäude wöchentlich gegen den drohenden Abriss protestiert, zuletzt am 24. März 2011 mit einer eindrucksvollen Umzingelung des Gebäudes. Die Botschaft war klar: „Das Zeichen ist gesetzt. Wir geben das Hotel Silber nicht zum Abriss frei.“ Nun ist der Erhalt des Gebäudes beschlossen, der Abriss wurde verhindert. Nun geht es um die künftige Nutzung

des Gebäudes. Sie muss daran erinnern, dass dort die Gestapo-Leitstelle während der NS-Zeit ihre terroristischen Aktivitäten in Stuttgart und Württemberg-Hohenzollern organisiert und in praktisch alle Bereiche der Gesellschaft eingegriffen hat.

Die politisch Verantwortlichen in Stadt und Land haben nun die Aufgabe, einen Lern- und Gedenkort Hotel Silber zu gründen und zu einem Ort aktiver Auseinandersetzung mit dem Geschehen der NS-Zeit zu machen. Dies muss unter Teilhabe engagierter Bürgerinnen und Bürger, besonders auch unserer Initiative geschehen. Dieser Anspruch der Partizipation ist zugleich als Angebot zu verstehen, die Kompetenzen der bürgerschaftlichen Organisationen einzubringen, die seit vielen Jahren die Erinnerungsarbeit

in Stuttgart tragen. Es soll eine Besonderheit des Hauses ausmachen, dass sich hier bürgerschaftliches Engagement und wissenschaftliche Zuständigkeit begegnen und durchdringen.

Am 29. September 2011 präsentiert die Initiative ihre Vorstellungen von Zielen, Aufgaben und dem institutionellen Rahmen der zu gründenden Einrichtung in einer öffentlichen Veranstaltung im Stuttgarter Rathaus. Eingeladen hierzu wurde sie von der Fraktionsgemeinschaft SÖS und Linke und der SPD-Fraktion. Der Präsentation liegt ein Positionspapier der Initiative zugrunde „Eckpunkte für den Lern- und Gedenkort Hotel Silber“, das unter www.hotel-silber.de nachgelesen werden kann. ■

|Harald Stingeles, Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber|

Neue (Nur) Investoren, was sonst?

Unbeirrt hält die Rathauspitze, allen voran Oberbürgermeister Schuster und Bürgermeister Föll im Verein mit dem Baubürgermeister und der Gemeinderatsmehrheit an ihren monströsen Stadtaus- und Umbauplänen fest: S21, ein neuer Stadtteil, eine zusätzliche riesige Shopping Mall, die „Flächensanierungen“ im Gerberviertel, an der Lautenschlagerstraße, beim Breuninger, das neue Innenministerium an der Willy-Brandt-Straße. Dann der Tunnelbahnhof, der Rosensteintunnel, die Ausbaupläne der B10 rund um S21, der B27 bei Zuffenhausen und beim Leuze (Leuze Tunnel, neue Stadteinfahrt). Die Bau- und Grundstücksgeschäfte laufen prächtig, der Immobilienmarkt boomt, der Ausverkauf unserer Stadt gedeiht. Auch der Stuttgarter Osten bekommt sein Fett weg. Immer noch anhängig sind die Investorenplanungen für die Villa Berg und das Mineralbad Berg, die SSB - Pläne am Ostendplatz, oder die der Kirche in Gablenberg. Nichts davon ist vom Tisch.

Im Gegenteil, statt nachzudenken, statt überzogene, maßlose Planungen abzuspecken, wird auch nach Häußlers Pleite (Stadt.Plan hat darüber berichtet) nicht innegehalten, wie es die Bürgerschaft fordert. Es werden einfach neue Investoren gesucht. So einfach geht das. Wenn es der eine nicht packt, macht's halt der andere. Schon ist OB Schuster auch fündig geworden. Investor Fürst, der bereits den Killesberg „entwickelt“, soll es nun auch in Berg richten, ganz nach Gutsherren Art, die Bevölkerung wird nicht gefragt, die Repräsentativen entscheiden. Was soll der Protest gegen S21, gegen die neuen Straßenbauten, gegen Feinstaub, was soll der Protest der Berger Bürger, was sollen die Beschlüsse des Bezirksbeirats gegen den Rosensteintunnel, gegen die Investorenplanungen für das Mineralbad Berg, für die Villa und den Park der Villa Berg? Was soll der Protest der vielen Liebhaber und Stammgäste des alten Neuners gegen dessen Teil-Stillegung, oder was fast auf das gleiche hinausläuft, gegen

den Vermarktungswahn der Modernisierer? Der Investor hat Priorität. Die leidigen Folgen – Monostrukturen und Monofunktionen, Vertreibung finanzschwacher Bevölkerungsteile, steigende KFZ-Verkehrsbelastungen, mehr KFZ-Emissionen, mehr CO₂ Freisetzung, Verlust an Ausgleichsflächen, Wärmestress und schlechtere Be- und Entlüftung des Stadtzentrums, zerstörte Bodenfunktionen und Lebengrundlagen – sie bleiben alle zwangsläufig an den BewohnerInnen hängen, sind von der Stadtbevölkerung zu erdulden. Noch schlimmer, dies alles versucht man als vorausschauend, als unsere Zukunft sichernde Notwendigkeiten zu verkaufen. Wie lange das wohl noch gut geht? Wie lange lassen wir uns noch unsere Zukunft verbauen, unsere Lebensmöglichkeiten in der Stadt wegbauen? Unser „Recht auf Stadt“, ein Recht auf unsere Stadt wird dringend nötig. Setzen wir es durch! ■
|Utz Rockenbauch, SÖS, Bezirksbeirat Stuttgart Ost|

„Stuttgart 21“ und die SPD

Rede von Peter Conradi auf der Montagsdemo am 19.09.2011 (gekürzt vorgetragen)



Peter Conradi (SPD)

Die Lage

Bei der Landtagswahl 1972 erzielte die SPD Baden-Württemberg (SPD BW) mit fast 38% ihr bestes, bei der Landtagswahl 2011 mit 23% ihr schlechtestes Wahlergebnis seit Bestehen des Landes. Ihre Mitgliederzahl hat sich in dreieinhalb Jahrzehnten auf 39 000 halbiert. Bestürzend sind die Ergebnisse in der Landeshauptstadt Stuttgart: Bei der

Gemeinderatswahl 2009 erhielt die SPD 17% der Stimmen; bei der Bundestagswahl 2009 erhielt sie in Stuttgart knapp 20% der Zweitstimmen, bei der Landtagswahl 2011 wurde keiner der vier SPD-Kandidaten in den Landtag gewählt. Diese Wahlergebnisse sind für alle Sozialdemokraten schmerzlich; bisher gab es jedoch auf der Landesebene weder personelle noch |Seite 7|



! von Seite 61 inhaltliche Konsequenzen. Das Projekt „Stuttgart 21“ (S21) der Deutschen Bahn (DB AG) für den Umbau des Bahnknotens Stuttgart hat mit zu den Stimmen- und Mitgliederverlusten der SPD BW beigetragen. Die Führung der SPD BW – der Landesvorstand der Partei und der Vorstand der SPD-Landtagsfraktion – haben das 1994 von der DB AG und der CDU vorgeschlagene größte Investitionsprojekt in Baden-Württemberg von Beginn an unterstützt. Das wäre nicht zu beanstanden, hätte die SPD-Führung in den folgenden Jahren die Entwicklung des Projekts aufmerksam und kritisch verfolgt und innerhalb wie außerhalb der Partei offen diskutiert. Beides ist bisher nicht geschehen.

In dieser Situation muss der Versuch unternommen werden, die langjährige Spaltung über S21 in der Bevölkerung und in unserer Partei durch sachliche Informationen zu überwinden. Deshalb sollen der SPD-Landesparteitag und der SPD-Landesvorstand die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Mitglieder in der baden-württembergischen Landesregierung zu folgenden Schritten auffordern:

Bahnverkehr

- Die SPD im Landtag und in der Landesregierung muss endlich die bisher weder im Landtag noch im Bundestag vorgenommene Überprüfung der Notwendigkeit von S21 aus eisenbahnverkehrlichen Gründen vornehmen, insbesondere im Vergleich zu anderen Projekten zur Verbesserung des Bahnverkehrs im Land wie dem überfälligen Ausbau der Rheintalstrecke für den europäischen Nord-Süd-Güterverkehr.
- Die SPD im Landtag und in der Landesregierung muss sich der fachlichen Kritik an der betrieblichen Leistungsfähigkeit des geplanten S21-Bahnknotens stellen und daraus Konsequenzen ziehen. Die Leistungsfähigkeit des Kombibahnhofs und des bestehenden Kopfbahnhofs muss unvoreingenommen ermittelt und mit der Leistungsfähigkeit von S21 verglichen werden. Dabei sind die Einwände anerkannter Bahnfachleute, z.B. der sma/Zürich, ge-

gen den geplanten Tiefbahnhof für S21 zu berücksichtigen.

Kosten

- Die SPD im Landtag und in der Landesregierung muss Kostenklarheit für S21 verlangen, auch im Hinblick auf die vereinbarte Volksabstimmung über die finanzielle Beteiligung des Landes.
- Die SPD im Landtag und in der Landesregierung muss im Landtag und im Bundestag auf eine nachvollziehbare Wirtschaftlichkeitsprüfung für S21 entsprechend den Haushaltsgesetzen des Landes und des Bundes bestehen.
- Die SPD im Landtag und in der Landesregierung muss der Öffentlichkeit erklären, was sie bei Überschreitung des im grün-roten Koalitionsvertrag beschlossenen Kostendeckels von 4,5 Milliarden zu tun gedenkt.
- Die SPD im Landtag und in der Landesregierung muss die Finanzierungsvereinbarungen zu S21 aufkündigen und von der DB AG Schadenersatz verlangen. Die Verantwortung dafür trägt die Bahn, die ihre Vertragspartner Bund, Land und Stadt in Kenntnis ihrer eigenen, höheren Kostenberechnungen durch geschönte Kostenangaben getäuscht hat.
- Die SPD im Landtag und in der Landesregierung muss durch unabhängige Fachleute die Höhe möglicher Forderungen der DB AG beim Ausstieg des Landes aus der vereinbarten Finanzierung klären lassen.
- Die Abschlagszahlungen des Landes an die DB AG für dieses Projekt sind bis zur Klärung der Rechtsfragen einzustellen.

Risiken

- Die SPD im Landtag und in der Landesregierung darf die geologischen Risiken des Projekts im Hinblick auf die Gefahren im Tunnelbau durch quellende Gipskeuperschichten und die Gefährdung der Stuttgarter Mineralquellen nicht länger als unerheblich abtun, sondern muss darauf bestehen, dass diese Risiken und Möglichkeiten ihrer Minderung geprüft werden.

Rechtsfragen

- Die SPD im Landtag und in der

Landesregierung muss die verfassungsrechtlichen Einwände gegen die Mischfinanzierung von S21 und der Neubau-strecke prüfen, ebenso die erheblichen rechtlichen Bedenken gegen die geplante Stilllegung des oberirdischen Kopfbahnhofs.

- Die SPD im Landtag und in der Landesregierung muss klären, ob eine Volksabstimmung über die Beteiligung des Landes an S21 rechtlich zulässig ist. Sie hat darauf hinzuwirken, dass das Volk vor der Abstimmung nicht in gleicher Weise wie das Parlament von der DB AG getäuscht wird, sondern über Kosten und Risiken zutreffend informiert wird.
- Die SPD im Landtag und in der Landesregierung soll für die im grün-roten Koalitionsvertrag 2011 im ganzen Land vorgesehene Volksabstimmung über die Beteiligung des Landes an S21 klarstellen, dass sie eine einfache Mehrheit für den Ausstieg des Landes aus den Finanzierungsverträgen respektieren wird, auch wenn hohe Quorum der Landesverfassung – mindestens ein Drittel der Stimmberechtigten – nicht erreicht wird.

Der Weg der SPD

Der SPD-Landesparteitag soll einen Mitgliederentscheid der SPD vor der geplanten Volksabstimmung über die Beteiligung des Landes an S21 beschließen. Die SPD BW muss sich vom Fortschrittsglauben „schneller, größer, teurer“ des vergangenen Jahrhunderts verabschieden. Im Streit um S21 muss sie Alternativkonzepte für eine ökonomisch und ökologisch sinnvolle, schrittweise, behutsame und bürgerfreundliche Weiterentwicklung und Ertüchtigung der vorhandenen Eisenbahnstruktur in und um Stuttgart angehen.

Die SPD BW respektiert die starke, phantasievolle, engagierte und überwiegend friedliche Volksbewegung gegen S21 „Oben bleiben“ in Stuttgart und in der Region und sucht das Gespräch mit den Projektkritikern.

Die SPD BW setzt sich mit ihren Forderungen an die SPD im Landtag und in der Landesregierung für das Vertrauen in die repräsentative, parlamentarische Demokratie und für deren Glaubwürdigkeit ein. Die SPD-Minister in der Landesregierung sollen auch in der Frage S21 zu ihrem Amtseid stehen, sich dem Wohle des Volkes zu widmen, seinen Nutzen zu mehren, Schaden von ihm abzuwenden und Verfassung und Recht zu wahren (Art. 48 Landesverfassung).

Die SPD-Mitgliedschaft und ihre Delegierten beim nächsten Landesparteitag sind aufgerufen, jetzt den Weg zu einer konstruktiven Lösung für den Stuttgarter Bahnknoten zu öffnen, zu einer Lösung, die in der Partei konsensfähig ist. Eine erneute Spaltung, diesmal mit Gewinnern und Verlierern muss vermieden werden. Geschieht das nicht, wird sich der Niedergang der SPD in Baden-Württemberg fortsetzen. ■ |Peter Conradi |

Siebenmal Ja zum Ausstiegsgesetz heißt:

Siebenmal Ja für eine bessere Zukunft!

- Ja zum Ausbau des Nahverkehrs in Baden - Württemberg!
- Ja zur Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene!
- Ja zum Ausbau der Rheintalstrecke!
- Ja zu einem integralen Taktfahrplan nach Schweizer Vorbild!
- Ja zum Kopfbahnhof 21 – der besseren Alternative!
- Ja zu einer intelligenten und nachhaltigen Verkehrspolitik!
- Ja zum ökologischen Fortschritt in Baden-Württemberg!

Siebenmal Ja zum Ausstiegsgesetz heißt:

Siebenmal Nein zur Politik des Profits gegen die Menschen!

- Nein zur Benachteiligung der ländlichen Gebiete!
- Nein zur Verschleuderung von Steuergeldern im Stuttgarter Milliardengrab!
- Nein zur Bereicherung der Immobilien-und Baumafia!
- Nein zur Zerstörung des Denkmals Bonatzbahnhof!
- Nein zum weiteren Verkehrschaos in Baden-Württemberg!
- Nein zur weiteren Klima- und Umweltzerstörung!
- Nein zur Fortsetzung der Basta-Politik à la Mappus!

Familie Schmiedel plant die Wallfahrt nach Rom

Klein-Schmiedel weint: Papa, warum fahren wir mit dem Zug immer nur nach Heilbronn und Karlsruhe und nie weiter weg! Warum fliegen wir morgen nach Rom, im Zug kann man viel schöner spielen. Ich möchte auch mal mit der Eisenbahn weiter weg fahren. Und fliegen ist nicht gut für die Umwelt.

Papa Schmiedel: Ein guter Wunsch mein Kleiner, das geht aber erst, wenn wir den schönen neuen Tiefbahnhof haben. Damit Du einmal mit dem Zug nach Rom, Paris, Zürich und Wien fahren kannst, wenn Du groß bist, dafür kämpft Dein Papa heute. Auch deshalb fliegen wir morgen zum Papst nach Rom.

Klein-Schmiedel: Einige Klassenkameraden sagen aber, der neue Bahnhof ist nicht gut.

Papa Schmiedel: Das haben ihnen ihre ungläubigen Eltern gesagt. Die wollen, dass die Züge von Stuttgart weiter nur bis Heilbronn und Karlsruhe fahren können und Du nie Europa kennen lernen kannst. Hör nicht auf sie. Wenn wir in Rom sind, sprechen wir mit dem Papst. Er weiß direkt vom lieben Gott, dass der neue Bahnhof ein Teil vom großen Schöpfungsplan ist. Er gibt uns Kraft und Segen für unseren Kampf.

Klein-Schmiedel: Sind meine Klassenkameraden dann Heiden?

Papa Schmiedel: Richtig, mein Sohn, die kommen in die Hölle. Wir sind die Guten, die einmal in den Himmel kommen werden. Und dort im Paradies treffen wir dann den Onkel Hauk, den Onkel Schuster, Tante Tanja und meinen guten Freund, den Martin, der die schönen Tunnel baut, und die Bösen werden uns dann nicht mehr stören. Sie alle schmoren dann in der Hölle, weil sie den neuen Bahnhof verhindern wollten. Und wir schauen dann auf die Erde und freuen uns, dass die Stuttgarter endlich mit dem Zug über unser schönes Baden-Württemberg hinaus in die weite Welt fahren können.

Klein-Schmiedel weint wieder: Aber Papa, andere Klassenkameraden sind schon mit dem Zug nach Paris gefahren. Dürfen wir nur bis Heilbronn, weil Du in der SPD bist? ■ |hpl

Glaube – Charisma – Weitblick – Trollinger



Wir haben die Schnauze voll von Heilbronn - Wir wollen endlich alle nach Paris fahren können!

„Über der neuen Landesmesse ruht Gottes Segen, und auch hier über Stuttgart 21 ruht Gottes Segen. Ich bin in diesem Jahr 60 Jahre alt geworden. Wenn Stuttgart 21 fertig ist, dann werde ich 70 sein. Ich weiß nicht, wie oft ich von der Möglichkeit dieser neuen Schienenverbindungen, die durch Stuttgart 21 möglich werden, Gebrauch machen kann. Aber meine vier Kinder, die sind heute alle zwischen 10 und 20, und die werden in den nächsten 50 Jahren, so wie wir heute ganz selbstverständlich nach Heilbronn, nach Karlsruhe und

Mannheim mit dem Zug unterwegs sind, werden die nach Wien, sie werden nach Zürich, nach Paris, sie werden Europa erfahren – mit der Bahn. Und sie werden in diesen Zügen sitzen und sie werden sagen, unser Papa war dabei und wir sind stolz, dass er dabei war und mitgeholfen hat. Und deshalb können wir stolz sein, dass wir hier stehen: Für Stuttgart 21, für eine gute Zukunft, für ein modernes Baden-Württemberg. Wir sind die Guten. Herzlichen Dank.“ ■

Aus verlässlicher Quelle haben wir erfahren, dass Claus Schmiedel diese Rede nicht unter Trollinger-Einfluss hielt, sondern im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte war.

Impressum

Fraktionsgemeinschaft SÖS und LINKE,
Rathaus, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart,
Vi.S.d.P. Hannes Rockenbauch
Karikatur: Friederike Groß
Fotos: Manfred Grohe, Roland Hägele,
Thomas Igler/fluegel.tv, Gottfried Stoppel,
Martin Storz
Druck: UWS Papier & Druck GmbH

SÖS und **LINKE.**
Fraktionsgemeinschaft